

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 9

Artikel: Vom Ahlener Programm zur Erhardschen Wirtschafts- und Sozialpolitik
Autor: Thürig, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

30. Jahrgang

September 1951

Heft 9

WERNER THÜRIG

Vom Ahlener Programm zur Erhardschen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Entscheidungen der alliierten Behörden in der Kohlenfrage – keine Senkung der Exportquote für das 3. Quartal 1951 – und über die Besatzungskosten werden nicht ohne Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft bleiben. Zusammen mit den bereits bestehenden Schwierigkeiten und Engpässen schafft es eine Situation, die in keiner Weise mehr mit den bisherigen wirtschaftspolitischen Mitteln zu meistern ist. Die heutige Lage stellt die Bundesregierung vor die unerbittliche Notwendigkeit, ihren bisherigen Kurs zu überprüfen und mittels zahlreicher Lenkungsmaßnahmen den Versuch zu unternehmen, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, so unsympathisch und unbequem ihr dieser Weg auch sein mag.

Die letzten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit zwingen die Bundesregierung ebenfalls zum Handeln, wenngleich die Frage noch völlig offen liegt, welcher Art die Maßnahmen sein werden. Die Erfahrungen des vergangenen Winters und Frühjahrs lassen durchaus die Möglichkeit zu, daß man wiederum vor einschneidenden Maßnahmen zurückschreckt und sich mit Palliativmittelchen behilft, um nach kurzer Zeit wieder vor derselben Situation zu stehen. Diese Gefahr erkennen auch die Gewerkschaften. Darum ließen sie es nicht bloß bei den bisherigen Forderungen bewenden, wie sie auch am Essener Kongreß vom 22./23. Juni erhoben wurden. Ihr entschiedenes Veto vom 24. Juli zwingt die Regierung und vor allem den Bundeskanzler, Farbe zu bekennen. Zwar versteht Bundeskanzler Adenauer es ausgezeichnet, zu lavieren, durch Schaffung einer guten Atmosphäre und durch das Hinauszögern Zeit zu gewinnen und unangenehme Entscheidungen so lange wie irgendwie möglich auszuweichen. Doch so

wie im Januar in der Mitbestimmungsfrage Adenauer sich entscheiden mußte, so scheint der Moment gekommen, auch in der Wirtschaftspolitik die klare Route festzulegen.

Die Lage nach 1945

Der Bundesvorstand des DGB hat seiner Stellungnahme vom 24. Juli 1951 eine ausführliche Begründung beigegeben. Schlaglichtartig wird darin auf die Übereinstimmung über die wirtschaftliche und soziale Neuordnung in den ersten Nachkriegsjahren hingewiesen. Ganz Deutschland sei sich nach dem Zusammenbruch von 1945 darüber klar gewesen, daß eine Neuordnung des gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens von Grund auf erfolgen müsse. Ungeachtet aller politischen und weltanschaulichen Gegensätze hätte in weitesten Kreisen Übereinstimmung darüber bestanden, daß Inhalt und Ziel einer solchen sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen des Volkes sein könne. Von diesem Gedanken sei die Mitarbeit der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beherrscht gewesen. Die Organisationen der Arbeitnehmer seien es gewesen, die als erste verantwortlich Hand anlegten bei der Verhütung von Zerstörung und Demontage. Trotz schwierigsten Lebensbedingungen hätten die Arbeitnehmer ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau der am Boden liegenden Wirtschaft und ganz besonders auch der Grundstoffindustrie zur Verfügung gestellt.

Daß das Ziel aller Wirtschaft die Bedarfsdeckung des Volkes sein müsse, war in der damaligen Zeit nicht allein Gedankengut der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft, es war gleichfalls anzutreffen im Lager der CDU, der Christlich-demokratischen Union. Prominente Vertreter dieser Partei verkündeten in der damaligen Zeit laut und deutlich einen «Sozialismus aus christlicher Verantwortung». So erklärte der heutige Bundesminister Jakob Kaiser am 16. Dezember 1946 im Berliner Stadtparlament unter anderem: «Das kapitalistische System ist überholt. Es ist überholt und zermürbt, nicht zuletzt durch den Nationalsozialismus, durch die kapitalistischen Kräfte, die dem Nationalsozialismus zum Durchbruch verhelfen und die ihn in der Zeit seiner Herrschaft stützten. Das kapitalistische System ist überholt und zermürbt durch die verbrecherische Zerstörung Europas, die Hitler vollbracht hat. Diese Erkenntnis ist aber nicht nur Auffassung der Arbeiterbewegung, wieweil die Arbeiterschaft aus ihrer Lage heraus ursprünglich die bewegende Kraft für die Neuordnung war und gewiß auch heute noch ist. Diese

Erkenntnis ist auch die Auffassung aller den Wirklichkeiten der Zeit nahen Geister und Kräfte aus den übrigen Ständen und Schichten unseres Volkes geworden. Es gibt gewiß auch in den Reihen der Christlich-demokratischen Union noch Debatten über die Konkretisierung ihres sozialen Gesetzes. Es gibt hier und da einen verschiedenen Zungenschlag bei der Auslegung unseres sozialen Willens. Im Grunde weiß jeder meiner Freunde, daß die neue Ordnung verwirklicht werden muß, daß die neue Ordnung an das Tor Europas pocht und daß es das ebenso verantwortungsvolle wie unerbittliche Schicksal unseres Volkes ist, mit an erster Stelle auf diese Fragen zu antworten.»

Eine ausdrückliche Formulierung dieser Neuorientierung findet sich im

Ahlener Programm.

Damit ist die programmatische Erklärung gemeint, die der Zonenausschuß der CDU für die britische Zone an seiner Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen (Westfalen) erließ. In diesem Programm wird eindeutig das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft festgestellt. Wörtlich heißt es darin: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch, als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik, kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung können nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.»

Im Sinne dieser geistigen Einstellung wird die Entflechtung der Konzerne und ähnlicher wirtschaftlicher Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, verlangt und die Überführung in selbständige Einzelunternehmungen. Für die Unternehmungen monopolartigen Charakters dagegen, die eine bestimmte Größe überschreiten, insbesondere für den Bergbau und die eisenschaffende Großindustrie, ist die Forderung auf Vergesellschaftung aufgehoben. Zur Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Betrieb spricht sich die Ahlener programmatische Erklärung für das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an

den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung aus.

Von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die Ausführung über die Wirtschaftspolitik. Wenn man die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verfolgt und sich im vergangenen Jahre die Reden des Bundeswirtschaftsministers Erhard und anderer Vertreter der CDU anhörte und mit den vor mehr als 4 $\frac{1}{2}$ Jahren aufgestellten Grundsätzen vergleicht, wird man sich des gewaltigen Unterschiedes zwischen der damaligen Haltung und der jetzigen Einstellung bewußt. *Das Ahlener Programm verlangt nichts weniger als Planung und Lenkung der Wirtschaft.* Wörtlich heißt es: «Planung und Lenkung werden auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfang notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.»

Dieses Ahlener Programm besitzt noch heute Gültigkeit und wird von der CDU anerkannt. Ausdrücklich ist dies in den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom 15. Juli 1949 vermerkt. Adenauer hat sich ebenfalls in der Regierungserklärung vom 20. September 1949 dafür ausgesprochen und in der Debatte über das Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie erklärt, es sei für die Regierung bindend. Auf dem Papier hat es also noch seine Gültigkeit. Doch der Publizist Ernst Friedländer äußerte sich völlig zutreffend, als er in der positiven Kommentierung des DGB-Beschlusses vom 24. Juli in der links-katholischen «Frankfurter Presse» schrieb: «Noch aus früherer Zeit stammt das betont reformatorische Programm der CDU. Heute kann man von diesem Programm dasselbe sagen wie von der Weimarer Verfassung unter Hitler: Sie wurde niemals außer Kraft gesetzt. Seit 1947 haben die restaurativen Kräfte die reformatorischen weit überrundet: in der Wirtschaft, in der Regierung, in den bürgerlichen Parteien.» Man erhält den Eindruck, das Ahlener Programm hätte in den letzten Jahren vorwiegend die Rolle des Köders für die katholische Arbeiterschaft übernehmen müssen. Man beruft sich immer darauf, wenn der linke Flügel der CDU, der während der vergangenen Jahre und besonders bei der Schaffung der Bundesrepublik und der Bundesregierung langsam aber stetig an die Wand gedrückt wurde, aufzumucken beginnt.

Der neoliberalistische Einfluß

Während man in der Öffentlichkeit und vor allem vor den wirtschaftlich Bedrängten in der Zeit vor der Währungsreform Töne, wie sie das Ahlener Programm enthält, laut erklingen ließ, wurden im Hintergrund die Stimmen

der Neoliberalisten immer vernehmbarer. Der Münchner Volkswirtschaftler Prof. Adolf Weber unterhielt einen Arbeitskreis, zu dem auch Prof. Erhard gehörte. Über diesen Arbeitskreis und das Wirken an den Hochschulen vermochten die Neoliberalisten ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Gutes Gehör fanden sie natürlich sofort in Unternehmerkreisen. Im Jahre 1947 erfolgten erstaunlich fortschrittliche Erklärungen von Unternehmerseite, als man auf die Mithilfe der Arbeiterschaft sehr angewiesen war. Doch diese Stimmen verstummten und gehörten bald der Vergangenheit an. Die alten reaktionären Kräfte begannen sich wieder zu regen. Die Deklamationen der Neoliberalisten und vor allem die Haßausbrüche ihres geistigen Vaters, Wilhelm Röpke, gegen den Kollektivismus und die Kommandowirtschaft verschafften ihnen ein gutes Gewissen. In den bürgerlichen Parteien vermochten sie immer mehr Oberhand zu gewinnen. Die FDP (Freie Demokratische Partei) wurde zur ausgesprochenen politischen Interessenvertretung der Unternehmerschaft, vom wirklich liberalen Geist ist wenig oder gar nichts mehr zu verspüren.

In der CDU war diese Entwicklung gleichfalls stark fühlbar. Zwar mußte man dem linken Flügel, den katholischen Arbeitern und aktiv in der Einheitsgewerkschaft stehenden Leuten, Rechnung tragen. Doch diese verfügen über keine parteipolitisch stark in Erscheinung tretende Persönlichkeit, der es gelingen würde, sich durchzusetzen. Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen, der allgemein als Repräsentant des linken Flügels gilt, fehlt es an der Durchschlagskraft, zugleich aber auch an der notwendigen Unterstützung, um sich gegen Adenauer und die rechtsstehenden Kräfte behaupten zu können. Und so wurde er denn in entscheidenden Momenten zurückgedrängt.

Das Vorgehen der Neoliberalisten und der Reaktion, die, ob gewollt oder ungewollt, sich gegenseitig in die Hände spielten, war vom psychologischen Gesichtspunkt aus geschickt. Man hüllte die den Unternehmern dienende freie Marktwirtschaft in eine soziale Hülle und bezeichnete sie als «soziale Marktwirtschaft». Als größter Propagandist der neoliberalen Auffassung trat Prof. Erhard in die Arena. Erhard war im Arbeitskreis des Münchner Volkswirtschaftlers Adolf Weber tätig und stand zeitweilig dem bayrischen Wirtschaftsministerium vor. Später stellte er sich der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft in Frankfurt zur Verfügung und wurde im März 1948 zum Direktor gewählt. Adenauer übertrug ihm dann im September 1949 das Bundesministerium für Wirtschaft.

Die Düsseldorfer Leitsätze

Die Wandlung in den zum Ausdruck gebrachten Anschauungen innerhalb der CDU kommt am sinnfälligsten zur Geltung, wenn das Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 und die Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949 miteinander verglichen werden. Die Folge dieses Rechtsruckes in der CDU lag ja insbesondere darin, daß bei der Bildung der Bundesregierung eine Koalition mit der FDP und der noch weiter rechts stehenden Deutschen Partei (DP) eingegangen wurde, während 1947 eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bestand. Letzteres war besonders in Nordrhein-Westfalen und in wirtschaftspolitischen Fragen der Fall. Bei der Abfassung der Düsseldorfer Leitsätze dagegen lag die Initiative bei Prof. Erhard. Er gehört wohl der CDU an, seine Wirtschaftspolitik aber findet in den Reihen der FDP die vorbehaltlosere Unterstützung als in der CDU.

Die Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Wohnungsbau bildeten zusammen mit dem Postulat der konfessionellen Schule die Wahlplattform für die Bundestagswahlen vom August 1949. Die in diesen Leitsätzen postulierte «soziale Marktwirtschaft» liegt ganz auf der Ebene der neoliberalen Schule. Daher ist auch verständlich, daß Wilhelm Röpke in dem vor einem Jahr der Bundesregierung erstatteten Gutachten voll war des Lobes über die von der Bundesregierung eingeschlagene Linie.

Leitprinzip der «sozialen Marktwirtschaft» sind der Leistungswettbewerb und die Monopolkontrolle. Die Neoliberalisten gehen von dem Gedanken aus, daß nur durch einen echten Leistungswettbewerb, wo bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die beste Leistung belohnt werde, die Wohlfahrt des ganzen Volkes gesichert sei. «Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ steht im Gegensatz zur sogenannten ‚freien Wirtschaft‘ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die ‚freie Wirtschaft‘ zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbes die unabhängige Monopolkontrolle nötig. Denn sowenig der Staat oder halböffentliche Stellen die gewerbliche Wirtschaft und einzelne Märkte lenken sollen, sowenig dürfen Privatpersonen und privatwirtschaftliche Verbände derartige Lenkungsaufgaben übernehmen.»

Die Neoliberalen sind also entschiedene Gegner von Wirtschaftsplanung und -lenkung sowie privater Monopolbildung. Ihre grundsätzliche Unterscheidung zum Liberalismus alten Stils liegt vor allem in der Rolle, die sie dem Staate zuweisen. Es ist nicht mehr das «laissez-faire», sondern der

Staat soll gestaltend wirken durch das Festlegen und Garantieren der Wettbewerbsordnung.

«Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.»

Dieser in den Düsseldorfer Leitsätzen enthaltene Satz ist höchst unlogisch, vor allem wenn man ihn von der neoliberalen «Unvereinbarkeitslehre» aus betrachtet. Nach den neoliberalen Theoretikern gibt es nur ein Entweder – Oder, die Entscheidung für die Markt- oder die Planwirtschaft. Wie soll denn die im Ahlener Programm postulierte Planung und Lenkung nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt werden? Das führte unweigerlich, um mit Röpke zu sprechen, zu einem «Cocktail von Marktwirtschaft und Kommandowirtschaft».

Diesem Satz kommt man also nicht mit der Logik bei. Allein durch die Wahltaktik des Sommers 1949 und die Interessen der katholischen Arbeiter kann dieser Satz erklärt werden! Man war natürlich möglichst bemüht, in den Anhängerkreisen um Erhard sehr viel von «sozialer Marktwirtschaft» zu reden und vom Ahlener Programm völlig zu schweigen. Zum großen Überdruß aber ziehen es die Gewerkschaften von Zeit zu Zeit aus der Schublade hervor und rufen es gebührend in Erinnerung, wie im letzten Winter bei der Mitbestimmungsdebatte. Dadurch treiben sie die CDU in die Enge und – der 10. April 1951, die Annahme des Mitbestimmungsgesetzes in der Montanindustrie, beweist es – gelegentlich mit gutem Erfolg.

Ist die Erhardsche Wirtschaftspolitik eine «soziale Marktwirtschaft»?

In seinem Vorwort zur Streitschrift Röpkes «Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?» bemerkte Bundeskanzler Adenauer, die Untersuchung Röpkes rechtfertige den Anspruch der Bundesregierung, die neue deutsche Wirtschaftspolitik mit Fug und Recht «soziale Marktwirtschaft» zu benennen.

Es ist zweifelhaft, ob Adenauer heute noch diese Behauptung aufstellen würde, denn Erhard ist längst nicht mehr persona grata. Adenauer steht seit langer Zeit auf der Seite von Bundesfinanzminister Schäffer, welcher in manchen wirtschaftspolitischen Dingen im Gegensatz zu Erhard steht.

Außer Zweifel steht, daß außer den Neoliberalen die vor einem Jahr aufgestellte Behauptung kein Nationalökonom stützen wird. Das zeigen verschiedene in den letzten Monaten gefallene Äußerungen prominenter Wirtschaftsfachleute. In dem Bericht der vom amerikanischen Bankier H. Christian Sonne präsierten amerikanisch-deutschen Kommission für die Eingliederung der

Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik steht zum Beispiel folgender bemerkenswerte Satz: «In Deutschland besteht zwischen arm und reich ein zu großer Unterschied. Er kann das Leben der Demokratie stark erschüttern, und man sollte deshalb nichts unversucht lassen, dieses Problem zu verringern.» Noch kräftiger fiel das Urteil Prof. Salins von der Universität Basel aus. In den «Basler Nachrichten» (!) schrieb er wörtlich: «... die angeblich soziale Marktwirtschaft war nicht nur in Wirklichkeit eine unsoziale Profitwirtschaft, sondern sie hat nicht einmal die Aufgabe zu erfüllen vermocht, das vorhandene Kapital der volkswirtschaftlich nutzbringendsten Verwendung zuzuführen.»

In der «Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen» begründete Prof. Weippert, Erlangen, eingehend, weshalb die Bezeichnung «soziale Marktwirtschaft» von den Neoliberalisten gewählt werde, aber doch unzutreffend ist. Weil unter rein theoretischem Aspekt die Marktform der vollständigen Konkurrenz «günstigsten Einsatz der Produktionsfaktoren, niedrigsten Preisstand und optimale Beschäftigung herbeiführt», nehmen die Verfechter der reinen Wettbewerbsordnung an, daß die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zweckmäßigste Marktform auch unter sozialen Gesichtspunkten die günstigste sein müsse.

Weil aber die Voraussetzungen des Denkschemas (Modell) in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gegeben sind, im Gegenteil, wie auch Weippert sagt, «ein schreiender Gegensatz zwischen dem Gedankenbild und seiner Realisierung» besteht, ist auch die «soziale Marktwirtschaft» alles andere denn sozial. Auf Einzelheiten einzugehen, ist hier nicht möglich. Auch eine Schilderung der krassen sozialen Unterschiede möchten wir uns in diesem Zusammenhang ersparen. Aber ein Moment muß hier hervorgehoben werden. Eine freie Wirtschaft, die die Investitionen den einzelnen Wirtschaftssubjekten (privaten Wirtschaften) überläßt, führt vor allem dann zu Ungleichheiten und Fehlentwicklungen, wenn die Ausgangslage unterschiedlich ist. Der Umstand, daß die Preise in der Montanindustrie gebunden bleiben mußten, während in der Konsumgütererzeugung der freie Markt spielte und infolge des großen Nachholbedarfes der Absatz enorm stieg, bedingte eine volkswirtschaftlich ungünstige Entwicklung. Auf dem Wege der Selbstfinanzierung vermochten gerade diejenigen Unternehmen zu investieren, die erst nachträglich in vollem Maße eingeschaltet werden mußten, während die im Vordergrund des Aufbaues stehende Grundstoffindustrie die notwendigen Investitionen nicht vornehmen konnte. Diese passive Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hatte gewaltige Fehlinvestitionen zur Folge – keine Fehlinvestitionen im eigentlichen Sinne, aber unter dem Gesichtspunkt der zeitlichen Priorität.

Durch eine Investitionslenkung wäre es möglich gewesen, die Montanindustrie wirksamer zu fördern, vor allem im Ruhrgebiet eine stärkere Wohnbautätigkeit zu entfalten und damit die besseren Voraussetzungen zu schaffen für die Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte im Bergbau, in dem vor allem die Abwanderung in andere Wirtschaftsgebiete weitgehend hätte verhindert werden können. Der große Engpaß in der deutschen Kohlenversorgung ist nur zu einem kleinen Teil Schuld der Ruhrbehörde. Die Hauptschuld kommt der verfehlten Wirtschaftspolitik zu. Diese Feststellung machte unlängst ein wirtschaftlicher Experte der deutschen Gewerkschaften.

Schlußbetrachtung

Der Fehlschlag der «sozialen Marktwirtschaft» ist da, er ist schon längst erkennbar gewesen, wenn man hinter die trügerische Fassade schaute. Das Beispiel Westdeutschlands beweist, daß keine Wirtschaftspolitik im Sinne der Neoliberalisten auf die Dauer möglich ist, daß man um Planung und Lenkung nicht mehr herumkommt. Das Entweder – Oder ist keine Frage, die es in der Praxis zu stellen und zu beantworten gibt. Die Diskussion dreht sich nur um die Art und das Maß der Planung und Lenkung.

HEINZ ABOSCH

Der neue Kulturkampf in Frankreich

Es mag befremdend erscheinen, aber es ist eine Tatsache geworden: das sogenannte Schulproblem ist in den Vordergrund der öffentlichen Debatten Frankreichs getreten und hat eine politische Bedeutung ersten Ranges erlangt. Immer weniger spricht man von den so kritischen Problemen wirtschaftlicher und sozialer Art, von der gespannten Weltlage und vom koreanischen Kriegsschauplatz. Statt dessen ringen heute die Parteien für oder wider die Finanzierung der Kirchenschulen. Es war dieses Problem, das die einen Monat währende Regierungskrise des neuen Parlaments verursacht und zwei beauftragte Ministerpräsidenten in die Minderheit versetzt hatte. Das alles mag als höchst «merkwürdig» gelten und nur schwer zu verstehen sein. Aber das ist nur scheinbar der Fall. Wie in der Vergangenheit, so kommt auch dem heutigen Kulturkampf in erster Linie eine politische Bedeutung zu. Es stehen